E 5604

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

DER VOLLZUGS-DIENST

Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Jugendanstalt Neustrelitz

Lesen Sie im Fachteil:

Barbara Bojack: Umgang mit Alkoholgefährdung am Arbeitsplatz

4/5
Oktober 2005

Justizministerin Müller-Piepenkötter:

„Ich strebe einen modernen, sicheren Strafvollzug an, der behandlungsorientiert ausgerichtet ist und der die Möglichkeiten der Rückfallvermeidung effizient umsetzt!"

In ersten, in angenehmer Atmosphäre geführten Gesprächen hatten Mitglieder der BSBD-Landesleitung Gelegenheit, sich mit den Vorstellungen der neuen Justizministerin, Roswitha Müller-Piepenkötter, zu den drängenden Problemen des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges auseinander zu setzen. Neben Justizstaatssekretär Jan Söffing nahmen auch der neue rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Harald Giebels MdL, und zeitweise der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Peter Biesenbach MdL, an dem intensiven und ergebnisorientierten Meinungsaustausch teil.

Unter der Leitung von BSBD-Chef Klaus Jäkel (2. von links) fanden erste intensive Gespräche mit Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter und Harald Giebels (2. von rechts), rechtspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in einer sehr gelösten und angenehmen Gesprächsatmosphäre statt. Weiter im Bild: Ehrenvorsitzender Wilhelm Bokermann (li.) und stv. Landesvorsitzender Friedhelm Sanker (re.).

Jugendstrafrecht und Jugendvollzug

Die Ministerin erläuterte zunächst, dass die neue Landesregierung eine Zurückdrängung der Anwendung von Jugendstrafrecht bei Heranwachsenden anstrebe. Für den Vollzug bedeute dies jedoch nicht, dass die im Jugendvollzug vorhandenen personellen und sächlichen Ressourcen künftig nicht mehr gebraucht würden. Künftig werde allerdings stärker altersmäßig differenziert. So werde es Einrichtungen für 14- bis 18-jährige Straftäter geben, während die 19- bis 26-jährigen Delinquenten in separaten eigenen Einrichtungen oder Abteilungen schulisch und beruflich gefördert werden sollen. Die geplante Differenzierung solle ihre Wirkung damit vorrangig bei der Straferkennung und -zumessung entfalten, nicht jedoch hinsichtlich der Förderung der jungen Gefangenen während der Strafverbüßung. Insoweit habe sich der Umfang und die Intensität der Behandlungsmaßnahmen an den Bedürfnissen des Einzelfalles zu orientieren. Besonders bei der beruflichen Qualifizierung, die anerkanntermaßen und statistisch nachweisbar rückfallmindernde Wirkung entfaltet, wird damit ein wesentlicher Schwerpunkt der Vollzugsgestaltung liegen.

Privatisierung vollzuglicher Aufgaben

Bei der Frage nach der Privatisierung vollzuglicher Aufgaben bekannte sich Ministerin ***Müller-Piepenkötter*** zu den Parteitagsbeschlüssen der **CDU,** die sich vor der Landtagswahl 2005 strikt gegen Privatisierung im Strafvollzug ausgesprochen hat. „In diesen Bereich", so die Ministerin, „arbeite ich mich gegenwärtig ein. Ohne mich abschließend zu dieser Problematik äußern zu wollen, kann ich bereits jetzt feststellen, dass der Einsatz privater Sicherheitsdienste in den Vollzugseinrichtungen des Landes nicht in Betracht kommt.

Der Strafvollzug zählt zum Kernbereich des hoheitlichen Handelns des Staates, der einer Übertragung auf private Dienstleister regelmäßig nicht zugänglich ist".

Die **BSBD**-Vertreter verwiesen nochmals auf die im Wahlkampf genährten Erwartungen der Strafvollzugsbedienstete und stellten fest, dass es mittelfristig zur Einlösung der Zusage kommen müsse, einen wesentlichen Schwerpunkt der Regierungspolitik im Bereich des Strafvollzuges zu setzen.

Das **PPP-Projekt Ratingen** ist nach Einschätzung der Ministerin zunächst gescheitert. Unbestreitbar sei, dass die Einrichtung in Düsseldorf in ihrer Bausubstanz abgängig ist und deshalb eine Ersatzeinrichtung dringend benötigt wird. Derzeit, erklärte die Ministerin, sei ihr Haus nachdrücklich damit befasst, die Standortfrage zu klären. Erst danach könne in die Prüfung der Frage eingetreten werden, ob die Realisierung des Bauprojektes in Trägerschaft eines privaten Investors für das Land eine lohnende Verfahrensalternative darstelle.

Sexual- und Gewalttäter

Im Rahmen der Erörterung der Frage, ob und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt der Strafverbüßung Sexual- und Gewalttäter im offenen Vollzug untergebracht werden sollen, erläuterte Justizministerin **Müller-Piepenkötter,** dass es ihre Absicht sei, in Nordrhein-Westfa-

MdL Peter Biesenbach bestätigte den BSBD-Vertretern, dass nach der Wahl auch weiter das gelte, was vor der Wahl zugesagt worden sei. Zwar befinde sich das Land in einer akuten finanziellen Notlage, doch stehe die CDU-Fraktion auch in dieser Lage zu ihrem Wort.

BSBD-Karikatur: Möbis

len den Behandlungsvollzug so auszubauen, zu stärken und fortzuentwickeln, dass die Rückfallquoten gesenkt würden. Erkennbare Risiken für die Allgemeinheit dürften dabei jedoch **nicht** eingegangen werden. Das mit Lockerungen zwangsläufig verbundene Erprobungsrisiko müsse in jedem Einzelfall sorgfältig abgeklärt und mit dem erreichbaren Nutzen abgewogen werden.

Deshalb verfolge sie die Intention, vor der Verlegung von Sexual- und Gewalttätern in den offenen Vollzug eine intensivere diagnostische Prüfung vorzuschalten und Verlegungen erst dann vorzunehmen, wenn die Vorbereitung auf die Entlassung konkret absehbar sei und anstehe.

Die Ministerin plädierte für einen sorgfältigen Umgang mit den dem Strafvollzug immanenten Risiken um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für das Geschehen hinter den hohen Mauern der Vollzugseinrichtungen nicht zu gefährden.

Entwicklung von Indikatoren zur Personalbemessung (AGIP)

Der BSBD fordert zu einer behutsamen Umsetzung der AGIP-Ergebnisse auf. Die Kontinuität der Behandlungsangebote muss Vorrang vor einem schnellen Personalausgleich haben.

Die Umsetzungsmodalitäten für die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur **Entwicklung von Indikatoren zur Personalbemessung (AGIP)** wurden eingehend diskutiert. Die Mitglieder der **BSBD-Landesleitung** verwiesen insoweit auf die Koalitionsvereinbarung und forderten Ministerin **Müller-Piepenkötter** zu einer behutsamen Umsetzung der Ergebnisse auf. Die Einrichtungen hätten ihr vollzugliches Angebot am verfügbaren Personal orientiert. Bei einem kurzfristigen Personalausgleich müssten diese Angebote drastisch reduziert werden, was zu schwerwiegenden Verwerfungen führen könnte, die im Interesse der erforderlichen Kontinuität vermieden werden sollte. Die **BSBD**-Vertreter machten deshalb auf die Möglichkeit aufmerksam, den Stellenausgleich zwischen den Vollzugseinrichtungen weitgehend mit Hilfe der durch die **CDU** zugesagten Personalverstärkungen organisieren zu können. Die Ministerin sagte die Prüfung dieses **BSBD**-Vorschlages zu.

Befristung von Beschäftigungsverhältnissen

Im Zuge der Verschärfung des Sexualstrafrechts ist Ende der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Personalverstärkung im Strafvollzug erfolgt. Diese Kolleginnen und Kollegen, die sich für diese Spezialaufgabe besonders qualifiziert haben, leben seither mit der **Befristung ihrer Beschäftigungsverhältnisse.**

Gemeinsam mit den **BSBD**-Vertretern war Justizministerin **Müller-Piepenkötter** der Auffassung, dass es sich bei der speziellen Behandlung von Sexualstraftätern um eine Daueraufgabe handele, für die dauerhaft Personal zur Verfügung stehen müsse. „Ich habe den Finanzminister deshalb gebeten, die im Haushalt ausgebrachten kw-Vermerke für diese Stellen endgültig zu streichen, damit insoweit Dauerbeschäftigungsverhältnisse abgeschlossen werden können."

Auf reges Interesse traf der Vorschlag der **BSBD**-Vertreter, für die Laufbahn des Werkdienstes die beruflichen Entwicklungschancen mit den künftigen Haushalten sukzessive zu verbessern. Damit soll der Weg freigemacht werden hin zu einer aufgaben- und leistungsangemessenen Besoldung. Die Landesleitungsmitglieder rieten dringend dazu, die in der Laufbahn vorhandenen Ausbildungsbefähigungen nicht verkümmern zu lassen. Diese Ressourcen müssten genutzt werden, um den Gefangenen handwerkliche und industrielle berufliche Fähigkeiten zu vermitteln, die anerkannte Berufsabschlüsse ermöglichten. An den konkreten Vorschlägen zeigte sich die Ministerin sehr interessiert und sagte eine eingehende Prüfung der unterbreiteten Lösungsvorschläge zu.

www.bsbd-nrw.de
Besuchen Sie uns im Internet
INTERNET

BSBD-Landesleitung im Gespräch mit Theodor Kruse, dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

„Das Berufsbeamtentum hat sich bewährt, wir werden es systemkonform weiterentwickeln!“

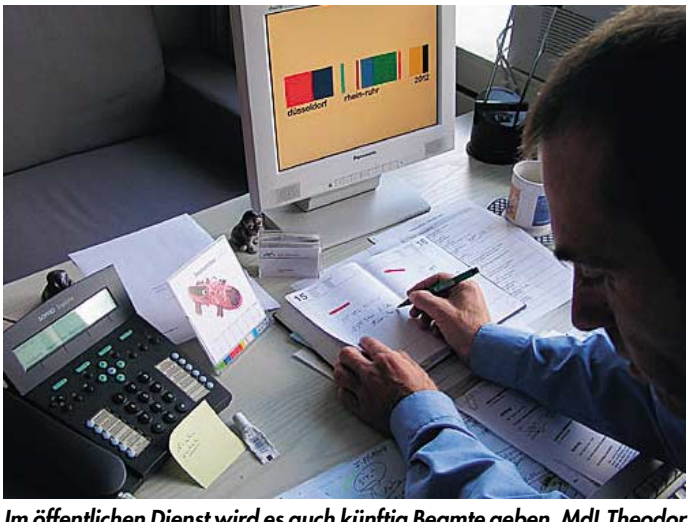
Nachdem die Wellen des politischen Erdbebens der Landtagswahl langsam abgeklungen sind und die neue Landesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat, trafen sich Mitglieder der BSBD-Landesleitung zu einem ersten Meinungsaustausch mit MdL Theodor Kruse, der den Bereich der Innenpolitik für die CDU-Landtagsfraktion verantwortet. Klarheit erwartete der BSBD zur künftigen Haltung der maßgeblichen Regierungsfraktion in Bezug auf die Vorstellungen der rot-grünen Vorgängerregierung, die sich die Schaffung eines einheitlichen Dienstrechts ebenso zum Ziel gesetzt hatte wie die Neugestaltung der föderalen Strukturen.

MdL **Theodor Kruse** bat zunächst um Verständnis dafür, dass die Vielzahl der politischen Probleme nur sukzessive und nicht in Gänze den erforderlichen politischen Lösungen zugeführt werden könnten. Eines sei jedoch durch die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung von Ministerpräsident **Dr. Jürgen Rüttgers** deutlich geworden: Beim Kernbereich der Landesaufgaben werde die CDU wesentliche Schwerpunkte setzten. Hierzu zähle neben Schule, Polizei und Finanzverwaltung nicht zuletzt der Bereich des Strafvollzuges. Es müsse wieder sichtbar werden, dass der Strafvollzug eine Pflichtaufgabe des Landes sei, die nicht stiefmütterlich an den Rand des politischen Interesses geschoben werden dürfe.

Berufsbeamtentum weiterentwickeln

„Die Vorstellungen der 'Bull-Kommission' werden künftig nicht weiter verfolgt werden. Das Berufsbeamtentum hat sich bewährt, wir werden es systemkonform weiterentwickeln“, stellte **Kruse** unmissverständlich klar. Gleichzeitig wies der Politiker darauf hin, dass die Reform des öffentlichen Dienstes und der Organisationsstrukturen des Landes Grundvoraussetzung dafür sei, dass Nordrhein-Westfalen wieder Tritt fasse, um den Weg in eine bessere Zukunft beschreiten zu können. So werde die Landesregierung den angekündigten Stellenabbau nicht nur postulieren, sondern tatsächlich realisieren. Zunächst werde die Landesregierung das Beauftragten-Unwesen beenden. Für Sachfragen sollten wieder die zuständigen Behörden verantwortlich sein. Die Zwischenschaltung von „Beauftragten“ habe die Entscheidungsabläufe nur langsamer und unflexibler gemacht. Die Beteiligung von „Beauftragten für Spezialfragen“ sei mit der angestrebten Verschlankung der administrativen Strukturen zudem nicht vereinbar.

Zwischenzeitlich, so MdL **Theodor Kruse,** sei der Beauftragte des ehemaligen Ministerpräsidenten für die Reform des öffentlichen Dienstes von seinen Aufgaben entbunden worden, weil die neue Landesregierung in diesem Politikfeld keinen akuten Handlungsbedarf sehe. Für Fragen der Reform der Verwaltungsstrukturen sei nunmehr der parlamentarische Staatssekretär



Im öffentlichen Dienst wird es auch künftig Beamte geben. MdL Theodor Kruse, CDU, bekannte sich für seine Fraktion rückhaltlos zum Berufsbeamtentum.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, MdL Theodor Kruse, zeigte in einem intensiven Meinungsaustausch die politischen Prioritäten der neuen Landesregierung auf.

Manfred Palmen originär zuständig, der sich konkret den Fragen des Bürokratieabbaus widmen werde. „Unser Ziel ist es, die Entscheidungsprozesse und -wege entscheidend zu beschleunigen und zu verkürzen, damit Nordrhein-Westfalen wieder wirtschaftliche Effizienz und Prosperität entfalten kann.“

Die Befürchtung, ob die neue Landesregierung daran denke, 2005 nochmals Einsparungen beim „Weihnachtsgeld“ zu realisieren, wurde durch den CDU-Parlamentarier mit dem klaren Hinweis entkräftet: **„Eine weitere Kürzung der Sonderzahlung für Beamte war nicht vorgesehen und ist auch nicht geplant!“**

Wichtiger denn je:
Mitgliedschaft im
BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Der Kommentar *von Wilhelm Bokermann*

Nach der Bundestagswahl vom 18. September 2005:

Was wird aus Deutschland? Wie ist es um die Zukunft des öffentlichen Dienstes bestellt?

Die durch (Noch)Bundeskanzler Gerhard Schröder erzwungene Neuwahl zum Deutschen Bundestag ist „gelaufen". Die nunmehr im Bundestag vertretenen fünf Parteien fühlen sich alle als Wahlsieger. Die ein oder andere Partei kann sogar harte Fakten für dieses Gefühl anführen. Das Dilemma des Wahlergebnisses besteht jedoch darin, dass sich die Regierungsbildung als problematisch erweist. Besorgt blicken die Bürger nach Berlin und haben kaum noch Verständnis für den sich zuspitzenden Machtpoker. Die durch Kanzler Schröder heraufbeschworene Regierungskrise verschärft sich, der Ton der möglichen Koalitionspartner von Rot und Schwarz wird rauer. Dabei braucht Deutschland als größte Wirtschaftsmacht Europas schnell eine funktionsfähige Regierung, die das Land an Haupt und Gliedern reformiert. Der Fernsehauftritt Schröders in der so genannten Elefantenrunde, weniger von Charme, sondern mehr von Selbstüberschätzung geprägt, war nicht nur „suboptimal", wie die Kanzlergattin meinte, nein, hier wurde einem Millionenpublikum durch den Amtsinhaber deutlich gemacht, dass politisches Engagement nicht nur selbstlose Ziele verfolgt. Jetzt ist es jedoch an der Zeit, dass die politische Klasse das Wahlergebnis akzeptiert und sich der Lösung der konkreten Probleme des Landes zuwendet.

Rot-Schwarz – ein „Spiegelbild"?

Durch die Demoskopie zum Siegen „verdammt", ist sich die CDU auch in diesem Bundestagswahlkampf treu geblieben. Sie hatte ihre „Fettnäpfchen" - zeitlich passend zum Wahltermin – aufgestellt, um nur ja keines auszulassen. Fast schon vergessen scheint der Ende 2004 erfolgte Rücktritt des stv. Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion **Friedrich Merz** von seinem Amt. Seine Vorstellungen über eine „Steuererklärung auf einem Bierdeckel" war wohl einigen CDU-Strategen etwas zu weit gegangen. Da half es wenig, dass dieser Polit-Dynamiker sprichwörtlich „eine Minute vor Zwölf" wieder ins Boot – sprich Schattenkabinett – geholt wurde. Der Bayerische Ministerpräsident **Edmund Stoiber** tat ein Übriges. Er beklagte auf einer CSU-Wahlveranstaltung lauthals die angebliche Larmoyanz unserer mitteldeutschen Landsleute. Da konnte oder wollte der Brandenburgische CDU-Chef, General a.D. **Schönbohm,** nicht nachstehen. Er entdeckte als Ursache für schlimme Kindesmorde im Osten der Republik die Proletarisierung der Bevölkerung zu DDR-Zeiten. Die Wahlergebnisse waren dann auch danach. Und schließlich entwickelte der ins Schattenkabinett aufgenommene Finanzexperte **Prof. Paul Kirchhoff** seine offenbar von den CDU-Parteitagsbeschlüssen abweichenden Besteuerungsvorstellungen.
Kluge gedankliche Entwicklungen, aber das wenige Tage vor einer fast alles entscheidenden Bundestagswahl? **Gerhard Schröder,** dem als „Polit-Schamanen" bereits die politischen Botschaften abhanden gekommen waren, nahm diese Steilvorlage dankbar auf. Er transportierte die einfachen Botschaften, warf dem politischen Gegner soziale Kälte vor und hatte damit Erfolg. Mit gezielten Seitenhieben auf den Professor aus Heidelberg schürte er Angst und Neidkomplexe bei weiten Teilen des Wählervolkes.

Fragen, nichts als Fragen?

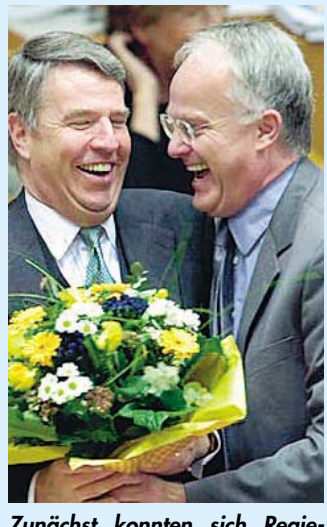
Offene Fragen verheißen – auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bezogen – nicht viel Gutes. Bleibt es beispielsweise bei den Vereinbarungen, die der **DBB**-Chef **Peter Heesen** mit dem (Noch)Innenminister **Otto Schily** im Hinblick auf die Gestaltung eines **zukunftsorientierten Berufsbeamtentums** auf den Weg gebracht hat?
Was wird aus dem **Tarifrecht** für die **in den Ländern** beschäftigten Arbeitnehmer? Werden die für Bund und Kommunen mit Wirkung zum 01. Oktober 2005 getroffenen bahnbrechenden Regelungen, die u.a. erstmals einheitliche Tarifregelungen und Entgelte für Angestellte und Arbeiter sowie eine einheitliche Wochenarbeitszeit beim Bund in Ost und West beinhalten, übernommen?
Die am 27. September 2005 getroffene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Az. 2 BvR 1387/02), wonach es „sachlich gerechtfertigt" erscheint, dass der Staat infolge der demografischen Entwicklung die Rentenreform von 2001 auf die Pensionen übertragen darf, lässt Schlimmes für die Zukunft befürchten. Im vorliegenden Falle geht es um die Frage der Rechtmäßigkeit der **Abschmelzung des Höchstsatzes der Beamtenversorgung** von 75 auf 71,75 Prozent der Dienstbezüge. Die Richter bekräftigten, dass ein

Langsam bewegen sich die Koalitionspartner auf einander zu. Der Kampf ums Bundeskanzleramt scheint entschieden zu sein.

Höchstsatz von 75 Prozent nicht verfassungsrechtlich garantiert ist. Ob sich die weitere Erklärung des Bundesverfassungsgerichts als hilfreich erweist, wonach „Korrekturen“ zu Gunsten der Beamten dann vorgenommen werden müssen, falls sich auf Grund von Modellrechnungen eine Schieflage zu deren Lasten ergeben sollte, kann da nur wenig beruhigen.
Zwar haben CDU/CSU im Juni 2005 im Bundesrat den rot-grünen Gesetzesvorschlag, der die „wirkungsgleiche“ **Übertragung der Rentenkürzungen auf die Pensionen** vorsah, mit der Begründung gestoppt, dass den Beamten keine neuen Sonderopfer zuzumuten seien.
Ob das eine mögliche große Koalition davon abhalten wird, den Beamten erneut tief in die Tasche zu greifen, werden wir wohl demnächst erfahren. Der **DBB** hat für diesen Fall mit beträchtlichem Widerstand gedroht. Aber er hat auch erklärt, dass die Beamten gut beraten seien, sich eine weitere Säule der Versorgung aufzubauen. Üben wir uns schon mal in Solidarität! Dann ist da noch die leidige **Föderalismusdebatte,** deren Fortführung von den Herren **Stoiber** und **Müntefering** insbesondere im Hinblick auf eine umfassende Änderung des öffentlichen Dienstrechts einmütig gefordert wird. Die Verhandlungen zur Neuordnung der Machtverhältnisse zwischen Bund und Ländern scheiterten zuletzt am 17. Dezember 2004. Wenige Tage vor dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen war die (Noch)Bundesjustizministerin **Brigitte Zypries** bereit gewesen, den Strafvollzug als „Morgengabe“ für ein Übereinkommen in letzter Minute zu opfern. Im Ergebnis hätte eine solche Entscheidung zu einem „Vollzug nach Kassenlage“ geführt. Erklärtes Ziel einer Föderalismusreform muss es daher sein, eine effiziente Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern vorzunehmen.
Sie soll hingegen keinesfalls den Abbau von verbrieften Rechten organisieren. Es darf auch nicht dazu kommen, dass der öffentliche Dienst als „Spekulationsobjekt und Verhandlungsmasse“ durch die Regierenden missbraucht wird.

Politischer Neubeginn in NRW!?

Die Regierung hat sich konstituiert, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst können erst einmal aufatmen. Ob diese Erleichterung von Dauer ist, muss die Zukunft erweisen. Was macht die neue NRW-Landesregierung mit den von der rot-grünen Vorgängerregierung bereits realisierten oder aber zumindest „ins Horn“ gestoßenen Vorhaben? Mit ihrem **„Düsseldorfer Signal“** griff Rot-Grün tief in die Geldbörsen der Beamten. Finanzielle Einbußen von bis zu 10 % waren keine Seltenheit. Dann sind da noch die Vorstellungen der sog. **„Bull-Kommission“** und das **„Riotte-Papier“.** Wie geht die neue Landesregierung mit diesen Hinterlassenschaften um?
Wohl um von vornherein allzu großen Hoffnungen und Erwartungen über „schnelle Wohltaten“ vorzubeugen, erklärte der neue Finanzchef des Landes **Dr. Helmut Linssen,** dass die SPD-Finanzminister die Einnahmen des Landes regelmäßig zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt hätten. „Rot-Grün hat einen Scherbenhaufen hinterlassen“.



Zunächst konnten sich Regierungschef Rüttgers und Finanzminister Linssen über ihren politischen Erfolg herzlich freuen. Zwischenzeitlich ist Ernüchterung eingetreten. Trotz der maroden Haushaltslage ist die Regierung jedoch bemüht, ihre Zusagen von vor der Wahl zu realisieren.

In der Föderalismuskommission arbeiteten Stoiber und Müntefering bereits eng zusammen. Hoffentlich hält ihre Kooperation in einer großen Koalition keine unverdauliche Kost für den öffentlichen Dienst bereit.

Erste Maßnahme: Haushaltssperre und Einstellungsstopp

Bereits Ende Juni 2005 verhängte der NRW-Finanzminister unter Hinweis auf die „desaströse finanzielle Lage des Landes“ eine Haushaltssperre und einen Einstellungsstopp, um eine Bestandaufnahme der rot-grünen Hinterlassenschaft vornehmen zu können.
Ausgenommen wurden der gesamte Schul- und Hochschulbereich sowie die Gruppe der Beamtenanwärter und Referendare.

Erste Lichtblicke sind zu verzeichnen

Gleichwohl erklärte sich der Finanzminister für den Bereich des **Strafvollzuges** mit einer zunächst bis zum 30. Dezember 2006 befristeten Fortsetzung der **Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen** an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst des *allgemeinen Vollzugsdienstes* und des *Werkdienstes* in Höhe von 50 Prozent des Anwärtergrundbetrages einverstanden.
Kurze Zeit später wurde für den Bereich des **Strafvollzuges** eine **Ausnahme vom Einstellungsstopp** für den *allgemeinen Vollzugsdienst* und den *Werkdienst* zugelassen. Ebenfalls wurde die **Übernahme der geprüften Anwärter** in ein Beamtenverhältnis auf Probe **zugesichert.**
Der vielfach gehegten Befürchtung, die neue Landesregierung würde ob der finanziellen Notlage 2005 nochmals Einsparungen beim **„Weihnachtsgeld“** realisieren wollen, trat der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, MdL **Theodor Kruse,** im Gespräch mit ***BSBD***-Vertretern mit der Erklärung entgegen: „Eine weitere Reduzierung der Sonderzahlung für Beamte ist nicht vorgesehen und auch nicht geplant“.
Zum Themenkomplex **„Erhalt des Berufsbeamtentums“** stellte der NRW-Innenpolitiker klar, dass es einen Systemwechsel mit der CDU nicht geben werde. Eine sinnvolle Weiterentwicklung der vorhandenen Strukturen werde im Konsens mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angestrebt. Zugleich wies MdL **Theodor Kruse** darauf hin, dass die Verschlankung der Verwaltungsstrukturen erklärtes Ziel der Landesregierung sei. Zunächst solle das **Beauftragten-Unwesen beendet** werden. In einem ersten Schritt sei der Beauftragte des vormaligen Ministerpräsidenten **Peer Steinbrück** für die Reform des öffentlichen Dienstrechts, der Innenstaatssekretär a.D. **Wolfgang Riotte,** bereits von seinen Aufgaben entbunden worden. In diesem Politikfeld sehe die Landesregierung gegenwärtig keinen aktuellen Handlungsbedarf.

Zur Erinnerung: Erklärtes Ziel der vorherigen Landesregierung in Sachen Reform des öffentlichen Dienstrechts waren die Abschaffung des Berufsbeamtentums, die Zerschlagung des Tarifrechts und des Personalvertretungsrechts. Dabei vertrat **Riotte** obendrein die Auffassung, dass das Tarifrecht noch verkrusteter sei als das Beamtenrecht.

Man darf gespannt sein, wie sich die neue Landesregierung im Bundesrat in Sachen „Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts“, aber auch im Hinblick auf die noch von der rot-grünen Bundesregierung geforderte **weitere** Kürzung von Pensionsansprüchen zum Zwecke der Haushaltssanierung verhalten wird. Die politischen Verantwortungsträger im Land sollten sich bewusst machen, dass der öffentliche Dienst zahlreiche Vorleistungen und Sonderopfer gebracht hat und die „Fahnenstange“ des finanziell Vertretbaren längst erreicht ist.

Glosse

Tach auch

Justus V. Anonymus

Menschenskind, dat war ne Wahlnacht! Als ich vorm Fernseher saß, musste ich anfangs immer auf die kleine Zeile oben rechts aufem Bildschirm kucken. Da stand irgendwas mit „wahl05“ Wieso denn „wahlos“, hab ich mich gefragt, bis ich gemerkt habe, dat da jar nicht „wahlos“, sondern „wahl null fünf“ stand. Dann musste ich immer fasziniert auf unseren Schröderkanzler kucken. So wie der redete, hatte er die Wahl jewonnen, die SPD ist die jrößte Partei, und er hat den Auftrach vom Wähler, eine stabile Rejierung zu bilden mit ihm als Kanzler anne Spitze. Kann jar nicht anders sein. Und der Müntefering sacht jenau datselbe. Da muss ich irjendwat nich mitjekricht haben.

Jetz ma langsam: Wer hat die meisten Stimmen? Ach stimmt ja, die Unijon. Un wieso is die SPD die jrößte Partei? Weil die Unijon aus zwei Parteien besteht, un jede für sich wenijer Stimmen hat als die SPD. Mensch Schröder, du bis ja vielleich ein Fux! Nehmen wir mal an, Bayern München und Werder Bremen haben beide ihr letztes Spiel verloren, Bayern saren wir mal 1:2 und Werder 2:4. Bayern steht auf Platz 1 und Werder auf Platz 2. Jetz kommt der Trähner von Werder im Fernsehn un sacht, wir haben jewonnen, weil alle erwartet haben, wir würden noch viel höher verlieren. Un außerdem stehen wir auf Platz 1, weil die Bayern aus Sturm und Abwehr bestehen, während Werder aus einem Juss ist. Wenn man Sturm und Abwehr für sich nimmt, dann hat der Bayern-Sturm 1:0 jewonnen und die Abwehr 0:2 verloren. Also steht der Sturm von Bayern auf Platz 2 und die Abwehr auf Platz 4, un Werder ist Namber wan. Janz schön klewwer, unser Kanzlerschen, aber wie lange noch? Den Trähner hätten sie jedenfalls schon lang russ jeschmissen.

Wahl-arithmetik à la Schröder

Ich bin ja mal echt jespannt, welche Koalizion die jetz auffe Beine stellen. Vielleich hat der Schröder ja noch eine Variante in der Hinterhand, mit der keiner rechnet: Die Ohl-inklusiv-Koalizion mit CDU/CSU, SPD, FDP Jrüne und neue Linke. Dann könnte Schröder weiter Kanzler bleiben, Ändschi würde Familienministerin, Jisie Außenminister, Lafontän Wirtschaftsminister un Westerwelle Innenminister. Dann hätte jeder sein Pöstchen un keiner brauchte die Oppositionsbank zu drücken. Wär doch watt, oder?

So, jetz muss ich noch schnell zum Aldi vorm Spätdienst.

Schökkes bis bald,
euer Justus V. Anonymus

Roswitha Müller-Piepenkötter neue NRW-Justizministerin

Die Koalitionsverhandlungen von CDU und FDP sind im Konsens und überaus diszipliniert geführt und nach relativ kurzer Zeit zum Abschluss gebracht worden. Zwischenzeitlich hat der neu gewählte Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers sein neues Kabinett der Öffentlichkeit vorgestellt. Zur Justizministerin des Landes wurde am 24. Juni 2005 mit der 55-jährigen Juristin Roswitha Müller-Piepenkötter eine Persönlichkeit berufen, die sich als Richterin am Oberlandesgericht Düsseldorf eine hohe fachliche Reputation erworben hat. Als Vorsitzende des Hauptrichterrates und Vorsitzende des Richterbundes Nordrhein-Westfalen ist sie bislang für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Justizbediensteten eingetreten. Dies nährt die Hoffnung, dass die bisherige Methode, mit dem Rasenmäher die Haushaltsansätze zu kürzen, endgültig ihr Ende findet. Intelligentere Methoden sind erforderlich, um den notwendigen Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger und einen effizienten Strafvollzug zu gewährleisten.

Roswitha Müller-Piepenkötter ist verheiratet und Mutter zweier Kinder. Nach dem Ablegen der Reifeprüfung nahm sie 1968 das Studium der Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster auf und wechselte später an die Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Nach dem Referendariat wurde sie 1976 zur Richterin am Amtsgericht Dortmund ernannt. Von 1977 bis 1992 war sie in Düsseldorf und Leverkusen als Richterin tätig. Frau **Müller-Piepenkötter** wurde von 1991 bis 2002 in den Bezirksrichterrat gewählt und 1992 zur Richterin am Oberlandesgericht Düsseldorf berufen.

Als Gleichstellungsbeauftragte beim Oberlandesgericht Düsseldorf trat die Juristin von 1999 bis 2002 für die Verbesserung der Frauenquote auch im Führungsbereich der Gerichte ein. Im Jahre 2002 übernahm **Müller-Piepenkötter** den Vorsitz des Hauptrichterrates ebenso wie den des Deutschen Richterbundes Nordrhein-Westfalen. In dieser Funktion hat Sie ganz wesentlich zur Intensivierung der Interessenvertretung beigetragen. Die einfache Forderung nach Ausweitung der personellen und sächlichen Ressourcen war ihre Sache nicht, stets unterbreitete sie Lösungsvorschläge, die vom Grundsatz her realisierungsfähig waren. Besondere Beachtung fand die durch sie initiierte Forderung des Richterbundes nach einer Erziehungsoffensive. Danach sollen die Eltern wieder stärker in die Verantwortung genommen, und die Möglichkeiten der staatlichen Erziehungseinrichtungen gestärkt werden. Ziel muss die Vermittlung gemeinsamer Werte sein, die den nachwachsenden Generationen die Chancen erhalten, selbst bestimmt und frei zu leben, ohne dass die Schere zwischen Reich und Arm sozialschädlich auseinander driftet. Vertreter der **BSBD**-Landesleitung sind zwischenzeitlich mit der Ministerin zu ersten Gesprächskontakten zusammen getroffen.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter

Dabei hat sich die Justizministerin **Müller-Piepenkötter** in erfreulicher Deutlichkeit zum Behandlungsvollzug bekannt und nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die durch die CDU im Wahlkampf gemachten Zusagen für sie verbindlichen Charakter hätten.

Damit scheint eine Basis geschaffen, die als solides Fundament für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Vollzugseinrichtungen des Landes taugt. Auf dieser Basis sollte es auch möglich sein, auf dem Weg hin zur Teilprivatisierung vollzuglicher Aufgaben inne zu halten, um nach Lösungen zu suchen, die für die Wirksamkeit des Vollzuges und die Interessen der Strafvollzugsbediensteten gleichermaßen effizient sind. Ein guter Anfang ist gemacht. Der neuen Justizministerin des Landes bietet der **BSBD** Unterstützung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an, damit der Strafvollzug seine gesellschaftlichen Aufgaben auch künftig wirksam erfüllen kann.

Kleine Weisheiten

Arbeit ist schwer, ist oft genug ein freudloses und mühseliges Stochern; aber nicht arbeiten – das ist die Hölle.

Thomas Mann (1875 -1955), dt. Dichter, Nobelpreis 1929

Ich kann, weil ich will, was ich muss.

Immanuel Kant (1724-1804), dt. Philosoph

Bundeskompetenz für den Strafvollzug erhalten!

Ist die Regierungsbildung eine Gefahr für den Behandlungsvollzug?

Die Sondierungsgespräche von SPD und CDU/CSU verlaufen einigermaßen positiv, da wird in den Medien bereits trefflich über politische Übereinstimmungen spekuliert. Die Schnittmengen der politischen Auffassungen der Volksparteien sind groß genug, um in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Während bei Arbeit und Wirtschaft, Steuern und Haushalt deutliche Divergenzen bestehen, dürfte es bei der Neuordnung der Kompetenzen von Bund und Ländern keine größeren Konfliktpunkte geben. Und hier liegt für den Bereich des Strafvollzuges der Hund begraben. Sollten sich die Unterhändler auf der Basis der in der Föderalismuskommission erarbeiteten Kompetenzstruktur einigen, dann steht das Strafvollzugsrecht auf der Kippe. Im Dezember 2004 hatte Bundesjustizministerin Zypries den Ländern die Kompetenz für den Strafvollzug geradezu auf dem Silbertablett serviert, um noch in letzter Minute einen Versuch zur Rettung der vor dem Scheitern stehenden Verhandlungen zu unternehmen.

Ende 2004 kam der Strafvollzug noch einmal davon, die Föderalismusdebatte wurde ohne politische Einigung beendet. Der Bund bestand auf Kompetenzen im Bildungsbereich, die Länder wollten nicht verzichten. Dies war ein schlechtes Ergebnis für Deutschland, weil wir dringend einer Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern bedürfen. Für den Strafvollzug war diese Entwicklung positiv, wurde so doch die Bundeseinheitlichkeit des Strafvollzugsrechts zunächst gesichert. Nach nicht einmal einem Jahr droht jetzt aber erneut Gefahr, sollten sich die potentiellen Koalitionäre auf des Ergebnisses der Föderalismuskommission einigen.

Zwischenzeitlich hat das einheitliche Strafvollzugsrecht potente Fürsprecher erhalten. Neben dem **BSBD** haben sich die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen, die Strafverteidigervereinigungen sowie die Strafvollzugswissenschaftler und -praktiker des **„Ziethener Kreises“** mit Ernst zu nehmenden Bedenken zu Wort gemeldet.

Das Strafvollzugsrecht betrifft einen Bereich des menschlichen Zusammenlebens, in dem der Staat dem Bürger mit absoluter Machtfülle gegenüber tritt. Weitgehende Eingriffe in die Grundrechte des Bürgers prägen den Alltag in den bundesrepublikanischen Vollzugseinrichtungen. Diese Eingriffe müssen rechtlich einheitlich ausgestaltet und können nicht in die Dispositionsfreiheit der einzelnen Bundesländer gestellt werden.

Die Experten weisen darauf hin, dass die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz das Ende einer der Resozialisierung verpflichteten Vollzugsgestaltung bedeuten würde.

Bleibt der Strafvollzug bei diesem Machtkampf auf der Strecke?

Damit würden die Wiedereingliederungschancen der Delinquenten verschlechtert; das drastische Ansteigen des Rückfallrisikos sei zu befürchten. Wenn man davon über-

Bei den bevorstehenden Verhandlungen zur Regierungsbildung ist für den Strafvollzug noch kein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen.

zeugt ist, dass jede gelungene Wiedereingliederung ein Zugewinn an Sicherheit bedeutet, dann wäre mit einer solchen Entwicklung nichts gewonnen. Im Gegenteil: Eine weitere Beeinträchtigung des ohnehin angeschlagenen Sicherheitsempfindens der Allgemeinheit würde billigend in Kauf genommen.

Dass die Besorgnisse der Fachleute nicht grundlos sind, wird dadurch belegt, dass etliche Länderjustizministerien sich erfreut zeigten über den überraschenden, unvorbereiteten Vorstoß der Bundesministerin der Justiz, die Bundeseinheitlichkeit des Strafvollzugsrechtes dem Einigungsdruck in der Föderalismuskommission zu opfern. So begrüßte Bayern diese Initiative nachdrücklich. Von einer Übertragung der Kompetenz für den Strafvollzug auf die Länder verspricht man sich, schneller und flexibler auf Veränderungen im Strafvollzug reagieren zu können.

Die im **„Ziethener Kreis“** zusammen geschlossenen Praktiker und Wissenschaftler weisen darauf hin, dass es 100 Jahre gedauert hat bis 1976 mit den Stimmen aller Parteien ein bundeseinheitliches Strafvollzugsgesetz verabschiedet werden konnte. Hierin sehen sie eine der respektabelsten Leistungen der bundesdeutschen Rechtskultur, die nicht ohne Not aufgegeben werden dürfe. Zu Recht machen sie darauf aufmerksam, dass die Föderalismuskommission sei-

Um den Behandlungsvollzug auch für die Zukunft zu sichern, muss die Bundeseinheitlichkeit des Strafvollzugsrechts erhalten bleiben.

nerzeit keinerlei Gründe dafür angeführt hat, weshalb die Übertragung der Kompetenz für den Strafvollzug auf die Länder sinnvoll ist. Diesbezüglich vermuten sie, der Strafvollzug sei reine Verhandlungsmasse gewesen und habe nur dafür herhalten müssen, eine Einigung auf bedeutenderen Politikfeldern zu ermöglichen.

Massive Bedenken kommen auch vom Deutschen Richterbund. Dieser befürchtet, die unter den derzeitigen Bedingungen bereits einsetzenden Privatisierungstendenzen könnten aus Kostengründen weiter zunehmen. Bei einer Übertragung des Strafvollzuges auf die Länder wird die Resozialisierung nach Einschätzung des Richterbundes noch stärker als bisher fiskalpolitischen Erwägungen unterworfen, weil es dann in der Kompetenz jedes einzelnen Landes liegt, die Standards der jeweiligen Haushaltslage anzupassen. Die Wiedereingliederungsbemühungen, so befürchtet der Richterbund, würden eine immer geringere Rolle spielen. Ein „Schäbigkeitswettbewerb" der Gefängnissysteme der Bundesländer könne nicht mehr ausgeschlossen werden.

Für den Strafvollzug und seine Bediensteten wäre eine solche Zuständigkeitsverlagerung verheerend, denn die den Ländern damit zuwachsenden rechtlichen Möglichkeiten würden vermutlich ähnlich genutzt werden, wie wir das aus dem Besoldungsrecht kennen: **Vorfahrt für den Rotstift.** Damit würde eine Spirale in Gang gesetzt, an deren Ende der Verwahrvollzug steht. Und dass ist weder für die Gesellschaft noch für die Strafvollzugsbediensteten ein erstrebenswertes Ziel.

Erst seit 1977 ist die Einheitlichkeit des Straf-, Strafprozess- und Vollzugsrechts nach der Überwindung größter Schwierigkeiten erreicht, da soll diese Errungenschaft, die nicht zuletzt dem grundgesetzlichen Auftrag nach der Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse Rechnung trägt, ohne zureichende Gründe aufgegeben werden. Wissenschaft, Praxis und Gewerkschaften sind sich in diesem Punkte einig: **Die Behandlungsorientierung des Strafvollzuges muss erhalten bleiben. Effizientester Garant hierfür ist ein bundeseinheitliches Strafvollzugsrecht.**

Kriegsschauplatz Büro

Neuesten Studien zu Folge ist das deutsche Büro ein Kriegsschauplatz. Hier werden zwar keine körperlichen Verletzungen geschlagen, doch psychische Beeinträchtigungen, verursacht durch Mobbing und persönliche Kränkungen, sind an der Tagesordnung. Das Hassobjekt Nr. 1 sind unfähige, neurotische, hinterlistige, geltungsbedürftige Vorgesetzte. Der durchschnittliche Büroangestellte wendet wöchentlich vier Stunden dafür auf, zusammen mit Kolleginnen und Kollegen über die Chefs abzulästern. Vier Stunden pro Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr für wechselseitiges Unverständnis, statt vielleicht nur eines klärenden Gespräches. Diese Art Kleinkrieg kommt der Gesellschaft teuer zu stehen. Ernst zu nehmende Schätzungen beziffern den entstandenen Schaden auf bis zu 245 Milliarden Euro allein für das Jahr 2004.

Das Potsdamer Gallup Institut hat ermittelt, dass der Anteil engagierter, motivierter Mitarbeiter in Deutschland gerade noch bei 12 Prozent liegt. Damit ist Deutschland im internationalen Vergleich weiter zurückgefallen. Günstigere Zahlen weisen Amerika (30 Prozent), Kanada (24), Israel (20), Australien (18) und Großbritannien (17) auf. Hinter Deutschland rangieren Japan (9), Frankreich (6) und Singapur (4). Die einstigen Tugenden Fleiß, Engagement, Einsatzbereitschaft scheinen den Deutschen abhanden gekommen zu sein, denn 70 Prozent von ihnen machen nur noch „Dienst nach Vorschrift", 18 Prozent haben innerlich gekündigt.

Das fehlende Engagement am Arbeitsplatz verursacht jährlich einen gesamtwirtschaftlichen Schaden in der Größe des gesamten Bundeshaushaltes. Noch 2002 hatte der Anteil der Engagierten bei 15 Prozent gelegen. Nach Einschätzung von Gerald Wood, Geschäftsführer von Gallup Deutschland, ist dieser Abwärtstrend vornehmlich der allgemeinen Wirtschaftslage, aber auch schlechten Managementleistungen geschuldet. Innerhalb Deutschlands sind die Arbeitnehmer im Süden motivierter (14 Prozent) und erleben ihre Arbeit als befriedigend. In der Mitte und im Norden Deutschlands liegt der Anteil dieser Personengruppe bei 12 Prozent, während in den ostdeutschen Bundesländern 10 Prozent motiviert ihrer Arbeit nachgehen.

„Die Hölle sind immer die anderen"

Der Kommunikationstrainer Martin Wehrle, der das Problem in seinem Buch „Der Feind in meinem Büro" ausführlich behandelt hat, sieht die Ursache der Schwierigkeiten in gravierenden Kommunikationsdefiziten. Wenn jeder fünfte Mitarbeiter seinen Vorgesetzten hasst, 88 Prozent ihn aber zumindest für „schwierig" halten, dann liegen die Gründe auf der Hand. Für die Zusammenarbeit am Arbeitsplatz sind nach „Wehrles Auffassung beide Seiten verantwortlich. Obwohl den Mitarbeitern eine Bringschuld attestiert wird, ihre Wünsche und Forderungen klar und deutlich zu artikulieren, nicht zu ducken und zu lästern, sondern selber zu agieren, steht weiter der Chef im Mittelpunkt des Interesses.

In vielen bundesdeutschen Büros wird aufgerüstet. Das Kontor ist vielfach zur Kampfzone zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern geworden.

Auch die Arbeits- und Organisationspsychologen Ralf Brinkmann und Kurt Stapf setzen sich in ihrem Buch „Innere Kündigung" mit diesem Phänomen auseinander. Sie machen vorrangig Führungsfehler dafür verantwortlich, wenn es im Extremfall zum Bruch des psychologischen Arbeitsvertrages kommt, der zwischen Chef und Mitarbeiter besteht und der alle nichtmateriellen und unausgesprochenen Erwartungen der Untergebenen vom Wohlfühlfaktor bis zu Mitspracherechten umfasst.

Zwischenzeitlich ist der autoritäre Führungsstil zwar aus den deutschen Büros verbannt, doch wurden dadurch die alten Probleme noch nicht bewältigt. Befördert wird immer noch nicht der Teamspie-

ler, sondern vielfach der Selbstdarsteller und Trittbrettfahrer. Nach Wehrles Auffassung steht die Personalführung auf der Prioritätenliste immer noch zu weit unten. Vielen Vorgesetzten sind die Thesen der amerikanischen Managementikone **Jack Welch** immer noch nicht geläufig, der die Personalpolitik als eine der wichtigsten Führungsaufgaben ansieht. **Der frühere Chef des Mischkonzerns General Electric setzt aber im Gegensatz zu Wehrle vorrangig auf die Eigenverantwortung der Mitarbeiter und preist auch die Kündigung als effizientes Führungsinstrument.**

Brinkmann und Stapf sehen hingegen in einer Kultur des Misstrauens, in fehlenden Visionen, mangelnder Kommunikation, in unflexiblen Organisationsstrukturen jene Gründe, die strukturell die Demotivation der Mitarbeiter auslösen. Um Organisationen Wege aus der Krise zu weisen, setzen sie auf die Reaktivierung innerlich abwesender Mitarbeiter. Der damit verbundene Aufwand lohne sich immer.

Nach den Ergebnissen der Gallup-Studie wird Motivation nicht von außen in Mitarbeiter hineingetragen. Selbst die Idee: „Man muss selbst brennen und begeistert sein, um andere begeistern zu können!“ helfe nur in den wenigsten Fällen zur Erzeugung von Motivation bei anderen. Nach Gallup entsteht Motivation durch ein Motiv, also durch den Wunsch etwas zu erhalten oder zu erreichen. Die Motivation ist damit abhängig von der individuellen Interessenlage. Damit ergibt sich für Unternehmen und Organisationen das Problem, dass ihre Interessenlage so allgemein sind, um alle Mitarbeiter anzusprechen, und zugleich so speziell, dass der Einzelne diese Interessen als seine eigenen anerkennen kann.

Jeder empfindet etwas, wenn er eine Tätigkeit verrichtet. Dieses Empfinden entwickelt sich aus den mit der Tätigkeit verbundenen Erwartungen. Diese Erwartungen können auf etwas gerichtet sein, was durch die Arbeit erreicht wird oder auf etwas, was während der Tätigkeit erreicht wird. Bei einem Fußballspiel besteht die Belohnung in der Tätigkeit selbst. Wer aber als Klempner Abwasserrohre repariert, hat vielleicht keinen großen Spaß

Büroklatsch und innere Kündigung vernichten jährlich 245 Milliarden Euro.

an der Tätigkeit selbst, freut sich aber über den Lohn den er dafür erhält. Hier erwächst die Belohnung nicht aus der Tätigkeit, sondern durch die Tätigkeit.

Bei den Belohnungen die durch die Tätigkeit erreicht werden ergibt sich ein erhebliches Problem. Die Menschen trachten allgemein nach der Optimierung ihrer Lebensumstände.

Üben sie eine Tätigkeit aus, die ihnen wenig Freude bereitet, ist die Belohnung durch Entgelt aber ausreichend hoch, wird regelmäßig der Versuch unternommen, die Tätigkeit zu reduzieren und zugleich den Lohn beizubehalten. Hieraus leiten sich einige Grundsätze ab. Tätigkeiten, durch die wir eine Belohung erfahren, benötigen einen Dritten zur Lieferung dieser Belohung. Solche Tätigkeiten tendieren zu Täuschungsmanövern. Je unangenehmer die Tätigkeit desto intensiver werden gegenüber Vorgesetzten die eigenen Leistungen geschönt. Die Belohnungen unterliegen zudem einem großen Inflationseffekt, weil im Laufe der Zeit für die unangenehme Tätigkeit immer mehr Belohnung eingefordert wird.

Anders verhält es sich, wenn die Arbeit selbst Freude bereitet, man sich mit ihr identifizieren kann.

Diese Tätigkeiten benötigen keinen Dritten zur Lieferung der Belohnung. Die Belohnung wird während der Tätigkeit selbst erfahren, woraus das Verlangen nach Wiederholung erwächst. Inflationssymptome treten nicht auf. Und besonders wichtig: Die Belohnung lässt sich nicht durch Täuschung erlangen.

Wer keine Belohnung aus seiner Arbeit heraus erfährt, der fühlt sich so, als würde er einen Teil seines Lebens an die ihn beschäftigende Unternehmung oder Organisation verkaufen. **Man macht etwas, was man freiwillig nicht mehr getan hätte. Nur das Gehalt treibt einen an den Arbeitsplatz. In solchen Situationen sind Tarnen und Täuschen und die Verschlechterung des Betriebsklimas an der Tagesordnung.**

Antizipation schafft Identifikation und führt so zur Motivation

Die Managementaufgabe besteht darin, Arbeit so zu gestalten, dass Befriedigung aus der Tätigkeit selbst erwächst. Der wirkungsvollste Weg hierzu ist die Antizipation. Der Mensch ist das Lebewesen, das am weitesten voraus denkt und seine Lebensumstände plant.

Jeder Planungsvorgang in einem Unternehmen oder einer Organisation ist ein Antizipationsprozess. Wenn die Planungen einer speziellen Gruppe übertragen werden, dann empfinden die Gruppenmitglieder eine hohe Motivation während der Planungsphase.

Die ausführende Gruppe, war sie in den Planungsvorgang nicht einbezogen, hat eine entsprechende Belohnung durch die Tätigkeit selbst nicht und die Ausführung des Planungsergebnisses selbst macht eventuell zu wenig Spaß.

In solchen Fällen holen sich die nicht beteiligten Mitarbeiter oftmals den Spaß durch eigene Antizipation zurück, indem sie den Beweis antreten, dass der Plan, den die klugen Bosse und Theoretiker am grünen Tisch entwickelt haben, gar nicht funktionieren kann.

Es macht höllischen Spaß zu zeigen, dass in der Realität eben doch alles anders ist, als die schlauen Vorgesetzten sich dies gedacht haben.

Für das Erreichen der unternehmerischen Zielsetzungen ist dies eine verheerende Entwicklung.

Wer bei der Aufgabenerledigung mit am Planungsprozess beteiligt ist, der erlebt Belohnung durch die Arbeit selbst. Ein weiterer positiver Effekt besteht in dem Willen, den Plan tatsächlich zu realisieren und zum Erfolg zu führen.

Was man selbst geplant hat, hält man auch für durchführbar. Stellen sich Schwierigkeiten ein, versucht man diese zu meistern, um die eigenen Planungen nicht zu gefährden.

Heute schon gelacht?

Bei der Abschlussprüfung wird der zukünftige Schrankenwärter gefragt: „Von links kommt der planmäßige D-Zug. Von rechts ein Güterzug. Die Strecke ist eingleisig, was machen Sie?“ Nach kurzem Überlegen meint der Kandidat: „Ich hole meinen Schwager.“ – „Warum denn das?“ – „Na ja! Der hat so was sicher auch noch nicht gesehen.. .“

* * *

Auf dem Arbeitsamt: „Ich hätte gerne eine Stelle.“ Der Berater sprudelt drauf los: „Vielleicht wäre das etwas! Leichte Arbeit, beste Bezahlung, drei Monate Urlaub, Dienstwagen mit Chauffeur, 15 Stunden die Woche, alle 14 Tage ist außerdem der Freitag frei ...“ – „Wollen Sie mich veräppeln?“ unterbricht ihn der Arbeitsuchende. Der Sachbearbeiter zuckt die Achseln: „Und wer hat damit angefangen?“

Jan Söffing zum Justizstaatssekretär ernannt

Als Vizepräsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Vollzugskommission konnte Jan Söffing Erfahrungen auch im Bereich des Strafvollzuges sammeln. Seit dem 01. Juli 2005 ist er mit der Dienst- und Fachaufsicht über die 152 Gerichte und 37 Vollzugseinrichtungen des Landes originär befasst. Die Zusammenarbeit mit dem BSBD hat sich in der Vergangenheit als völlig unproblematisch gestaltet. In dem Bewusstsein, für die Bürger einen wirkungsvollen Strafvollzug zu garantieren, setzt der BSBD auf die Fortsetzung des bislang partnerschaftlichen Zusammenwirkens.

Staatssekretär **Söffing** ist 51 Jahre alt und Vater zweier Kinder.
Nach der Reifeprüfung studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Bonn, legte 1980 das 1. juristische Staatsexamen ab, absolvierte bis 1983 die vorgeschriebene Referendarzeit und bestand anschließend das 2. juristische Staatsexamen. Anschließend wurde er in den richterlichen Dienst eingestellt, war von 1984 bis 1986 als Referent im Justizministerium tätig und wurde 1986 zum Richter am Landgericht Düsseldorf ernannt. Von 1987 bis 1991 wirkte der Jurist als Dozent an der Fachhochschule für Rechtspflege, bevor er bis 1996 die Leitung eines Referates im Justizministerium NRW übernahm. Nach dem Engagement im Justizministerium wurde **Jan Söffing** zum Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf berufen, gleichzeitig war er bei diesem Gericht als Personaldezernent tätig.
Bei der Landtagswahl im Jahr 2000 erzielte die FDP ihr bislang bestes Ergebnis. Sie zog mit 24 Abgeordneten, unter ihnen **Jan Söffing,** in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ein. **Söffing** wurde zum Vizepräsidenten des Landtages gewählt, zog für seine Partei in den Rechtausschuss ein, wurde zum Vorsitzenden der Vollzugskommission gewählt und in die Funktion des rechtspolitischen Sprechers seiner Fraktion berufen.
Staatssekretär **Söffing** hat sich in der Vergangenheit als kenntnisreicher, integerer, verlässlicher Gesprächspartner erwiesen. Er pflegt einen schnörkellosen, sachlichen Arbeitsstil ohne den Hang zur Selbstinszenierung. Die **BSBD**-Landesleitung hat dem neuen Staatssekretär zu seiner Ernennung gratuliert und die Fortsetzung der konstruktiven Zusammenarbeit angeboten.

Justizstaatssekretär Jan Söffing

Heinrich Hohlfeld feierte 80. Geburtstag

Mit Fug und Recht kann Heinrich Hohlfeld als gewerkschaftliches Urgestein des BSBD bezeichnet werden. Seit mehr als 40 Jahren nimmt er auf der Ebene des Landesverbandes verantwortungsvolle Aufgaben im Interesse der Kolleginnen und Kollegen wahr. Da war es auch nicht weiter verwunderlich, dass der rüstige Pensionär seinen 80. Geburtstag im Kreise „seiner Pensionärsreisegruppe", offiziellen Vertretern seiner Heimatstadt und der BSBD-Landesleitung verbringen wollte.

Der Ruhestand des **BSBD**-Gewerkschafters wird zu einem wesentlichen Teil mit der Planung von Kultur- und Informationsreisen für Ruheständler des Strafvollzuges ausgefüllt. Man kennt und schätzt sich. Viele Kolleginnen und Kollegen sind immer dabei, wenn **Heinrich Hohlfeld** ein neues Reiseangebot unterbreitet. Dabei werden nicht einfach interessante kulturelle oder geschichtsträchtige Orte aufgesucht. Die Planungen sehen auch stets eine fachkundige Unterweisung vor, die entweder durch **Heinrich Hohlfeld** selbst oder durch geschulte Führer übernommen wird. Den Tag seines Geburtstages hatte der Jubilar in die Mitte einer Reise durch den Harz und das Havelland gelegt. So war der offizielle Empfang in Burg nur ein Punkt eines ausgefüllten Tagesprogramms.
Für den **BSBD** gratulierte der Landesvorsitzende **Klaus Jäkel.** Er würdigte die besonderen Verdienste, die sich der Gewerkschafter um den Strafvollzug und dessen Bedienstete erworben hat. Er verwies auf die zahlreichen Ämter, die der Jubilar im Verlauf von 40 Jahren ehrenamtlicher Gewerkschaftsarbeit verantwortlich wahrgenommen hat und erklärte: „Lieber Herr Kollege **Hohlfeld**, Sie gehören zu den Baumeistern unserer Organisation, deren Größe, Ansehen und Einfluss nicht zuletzt wegen Ihres engagierten Mitwirkens kontinuierlich gewachsen ist. In Ihrer Funktion als Landesschatzmeister haben Sie uns solidarisches Haushalten gelehrt und vorgelebt und für weit mehr als 3000 Kolleginnen und Kollegen „Berlin-Seminare" und Städtereisen veranstaltet. Besonders die „Berlin-Seminare" haben in einer Zeit, in der Informationen über den jeweils anderen Teil Deutschlands rar waren, durch die Begegnung mit der augenfälligsten Stätte unseres einst geteilten Vaterlandes einen lebendigen Dialog mit der Vergangenheit entstehen lassen.
Im Namen des **BSBD** sprach ***Jäkel*** dem Jubilar Dank und

BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel (li.) überbrachte die Glückwünsche der Landesleitung und freute sich mit dem Jubilar über eine gelungene Geburtstagsfeier.

Anerkennung aus: „Ihr Eintreten für die Interessen der Strafvollzugsbediensteten, Ihre Solidarität hat Sie für alle Kolleginnen und Kollegen, die Ihren gewerkschaftlichen Weg begleiten durften, zum Synonym für Gradlinigkeit, Opferbereitschaft und menschliche Zuwendung werden lassen. Mit Ihren klugen Anlagestrategien haben Sie als Schatzmeister der Fachgewerkschaft das finanzielle Fundament verschafft, das uns bis auf den heutigen Tag gute Dienste erweist. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen noch viele erfüllte Jahre und die Kraft und die Ausdauer für ein weiterhin segensreiches Wirken im **BSBD.**“

Nachdem der Jubilar an den Ort seiner Jugend zurückgekehrt und seinen Wohnsitz wieder nach Burg verlegt hat, kehren die Bilder der Kindheit zurück. Zwar hat der Wiederaufbau nach dem Krieg und die Bautätigkeit nach der Wiedervereinigung das Erscheinungsbild der Stadt nachhaltig verändert, doch tragen die historischen Gebäude immer noch zur sinnstiftenden Identifikation bei.

Der bekannteste Sohn der Stadt war Carl von Clausewitz. Der Militärexperte hatte weit reichenden Einfluss auf die Strategie des Krieges. Auch auf unseren Jubilar scheinen diese Fähigkeiten übergegangen zu sein, nur das er sich nicht mit Soldaten, sondern mit den Mitgliedsbeiträgen der Kolleginnen und Kollegen befasst hat. Im Rahmen des Festaktes zur Feier des 80. Geburtstages machten auch die örtlichen Honoratioren ihre Aufwartung. Erstaunlich war, wie schnell sich **Heinrich Hohlfeld** in die neue alte Umgebung eingelebt hat. Das Jerichower Land mit seiner Beschaulichkeit und seinen bodenständigen Menschen scheinen dem Jubilar gut zu bekommen.

Dieser Eindruck verstärkte sich, als **Heinrich Hohlfeld** nach der Feier zu einem Rundgang durch die Altstadt einlud. Gerberei und Turmbesteigung hinterließen einen tiefen Eindruck. Und **Heinrich Hohlfeld** hatte Spaß daran, den vertrauten Menschen seiner Pensionärsreisegruppe seine Heimatstadt vorzustellen. Auch seine professionelle Fachlichkeit wird weiter geschätzt. So ist Burg als Standort für die Errichtung einer neuen Vollzugseinrichtung vorgesehen. Der zwischenzeitlich gebildete Planungsstab hat bereits auf die Kenntnisse des Jubilars zurückgegriffen und sich über die vollzugliche Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen berichten lassen.

Die Feiergesellschaft wünschte Heinrich Hohlfeld für die Zukunft eine stabile Gesundheit, glückliche Tage und noch viele gemeinsame Reisen.

Walter Sawert (li.): „Lieber Heinrich, wenn man achtzig geworden ist, darf man einmal innehalten und dankbar sein. Dankbar sind auch wir von der Pensionärsreisegruppe, dass du uns unsere Heimat und Europa zeigst und erklärst.“

Landrat Lothar Finzelberg (li.) und MdL Markus Kurze (CDU) gratulierten herzlich zum Geburtstag. Sie brachte ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass Heinrich Hohlfeld nach einer langen „Odyssee durch Westdeutschland“endlich den Weg zurück zu seinen Wurzeln gefunden hat.

Heute schon gelacht?

Fragt das junge Mädchen den Finanzbeamten: „Kann man eigentlich die Pille von der Steuer absetzen?“ – „Ja, aber nur, wenn Sie sie vergessen haben

❊ ❊ ❊

Angeklagter, warum haben sie den Kläger auf offener Straße verprügelt?“
„Euer Ehren, mir war es bei meinen finanziellen Verhältnissen nicht möglich, dafür den Sportpalast zu mieten!“

❊ ❊ ❊

Bei einem Scheidungsprozess fragt der Anwalt den Gatten ungläubig: „Sie haben zehn Jahre nicht mit Ihrer Frau gesprochen. Warum?“
Gatte:
„Ich wollte sie nicht unterbrechen…“

❊ ❊ ❊

Ein Mann steht wegen Mordes vor Gericht.

Der Richter sagt:
„Sie werden beschuldigt, mit einem Hammer auf Ihre Frau eingeschlagen zu haben, bis der Tod eintrat!“
Da ruft jemand von den hinteren Zuhörerbänken: „Du Bastard!“
Der Richter ignoriert den Zwischenruf und fährt fort:
„Außerdem werden Sie beschuldigt, mit dem gleichen Hammer auch Ihre Tochter erschlagen zu haben!“
Wieder der Zwischenrufer: „Du verdammter Bastard!“
Richter:
„Das Gericht duldet keine weiteren Zwischenrufe! Ich werde Sie mit einem Bußgeld belegen. Was ist Ihr Problem??!“
Der Zuhörer steht auf und deutet auf den Angeklagten:
„Ich bin seit 15 Jahren sein Nachbar, und immer, wenn ich mir einen Hammer borgen wollte, hat der Bastard behauptet, er hätte keinen!“

18. Deutsche Waldlaufmeisterschaft der Justiz in Werl:

Favoriten auch in diesem Jahr nicht zu schlagen

Aus Anlass seines 35-jährigen Bestehens hat sich die Betriebssportgemeinschaft der JVA Werl, um die Austragung der 18. Deutschen Langlaufmeisterschaft für Justizvollzugsbedienstete beworben und auch den Zuschlag erhalten. Das Werler Organisationsteam um Reinhold Musga hatte ganze Arbeit geleistet. Im Zusammenwirken mit den Experten von der DJK Werl hatte man frühzeitig mit den Vorbereitungen auf dieses sportliche Großereignis begonnen und nichts dem Zufall überlassen. Insgesamt 218 Starter vertraten 52 Justizvollzugsanstalten aus 12 Bundesländern. Diese Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen wollte betreut und untergebracht werden.

Bevor es für die Teilnehmer Ernst wurde, hatten emsige Helferinnen und Helfer aus den Reihen der BSG Werl dafür gesorgt, allen Stratern eine gute, angenehme und organisatorisch einwandfreie Sportveranstaltung zu bieten. Der „Countdown" lief, nur noch eine halbe Stunde bis zum Start. Alle Meldungen waren notiert, die Startnummern ausgegeben und ordnungsgemäß an den Trikots angebracht. Das nervöse Treiben im Start- und Zielbereich wurde hektischer. Viele Läufer huschten noch schnell vorbei, um die Muskulatur aufzuwärmen und durch Dehnübungen geschmeidig zu halten. Für die Logistik einer solchen Meisterschaft hatte man auf die „Profis" von der DJK Werl zurückgegriffen, die für die Zeitnahme verantwortlich zeichneten.

Die ambitionierten Titelverteidiger standen bereits in der ersten Reihe, während die „Just-for-fun"-Läufer weiter hinten Aufstellung nahmen. Alle Streckenposten hatten Stellung bezogen und der „Pacemaker", stand bereit, um der Spitze des Läuferfeldes den jeweils richtigen Weg zu weisen. Noch einmal wurde die Streckenbeschaffenheit beschrieben und dann war es endlich soweit. Punkt 12.00 Uhr fiel der Startschuss. Ab jetzt war jeder auf sich allein gestellt. Bei der großen Zahl von Teilnehmern war anfängliches Gedränge nicht zu vermeiden. Doch nach 500 Meter zog sich das Läuferfeld bereits auseinander. Um die Schönheit der Natur zu bewundern, fanden die Läuferinnen und Läufer allerdings nur wenig Zeit. Jeder war vielmehr damit befasst, sich sein Stück Strecke zu erkämpfen und das individuell richtige Tempo zu finden, mit der Strecke optimistisch angehen ließ.

Gernot Kranl (Amberg) und **Gaetano Guenard** (Wittlich) präsentierten sich topfit und gut trainiert. Wechselseitig stachelten sie sich an, um die letzten Kraftreserven zu mobilisieren. Guenard wollte es endlich schaffen, seinen langjährigen Widersacher aus Amberg zu bezwingen. Doch exakt nach 35:10 Minuten lief **Gernot Kranl** von der JVA Amberg über die Ziellinie und verteidigte damit seinen Meistertitel erfolgreich. Über die gesamte Strecke hatte er geführt und kaum Zweifel daran aufkommen lassen, das Rennen als Sieger zu beenden. Nach kurzer Erholung wirkte **Kranl** fit, kaum eine Schweißperle verirrte sich auf seine Stirn. Den Titel eines Vizemeisters holte sich erneut **Gaetan Guenard** von der JVB Wittlich, der nach 35:23 Minuten das Ziel passierte und sich äußerst zufrieden über seinebrillante Zeit zeigte. Den 3. Platz belegte Oliver Schulte vom Veranstalter, der in hervorragenden 36:27 Minuten das Ziel erreichte.

Als schnellste Frau erwies sich erwartungsgemäß wieder einmal **Ute Kus** von der JVA Cottbus, die in der guten Zeit von 45:44 Minuten erneut ihre Klasse unter Beweis stellte und sich abermals den Titel mit mehr als zwei Minuten Vorsprung holte. **Ute Jonas** von der JVA Rheinbach wurde in der Zeit von 48:35 Minuten gestoppt. Als zweitschnellste Frau holte sie sich verdient die Vizemeisterschaft. Bis dieser Erfolg erreicht war, bedurfte es unbedingten Einsatzes, um **Birgit Schellhorn** von der JVA

Ob als Aktive oder Mitglieder der Organisation, das Team des Veransatlers machte einen guten Job. Stehend von links: Stefan Köckmann, Thomas Goersch, Willi Sprechger, Michael Skirl, Leiter der JVA Werl, Reinhold Musga, Klaus Kothenschulte, Silvia Radojewski, Jörg Vonende, Norbert Schmälzger, Oliver Schulte, Klaus König, Klaus Schmidt. Kniend von links: Matthias Köhler, Franz Steven, Friedhelm Lohmann, Jörg Düsing, Stefan Sauermann, Beri Lüttkenhaus, Thorsten Urban und Andreas Plattner.

Nachruf

Mit großer Trauer und tiefer Betroffenheit haben wir vom Tod des Betriebsinspektors **Rolf Albert Paul** erfahren, der am 19.09.2005 im Alter von 49 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Rolf Paul war seit 1981 als Angehöriger des allgemeinen Vollzugsdienstes und seit 1996 als Mitarbeiter im Werkdienst bei der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I tätig. Wir verlieren mit ihm einen Kollegen, der stets mit besonderem Pflichtgefühl und außergewöhnlichem Engagement wirkte.

Seine Persönlichkeit, sein offenes Wesen und seine zugewandte Art machten Rolf Paul zu einem gefragten Ansprechpartner. Vielen Kolleginnen und Kollegen ist er ein verlässlicher Wegbegleiter, ein allseits geschätzter Ratgeber und vielen ein guter Freund gewesen. Seine zupackende Art, sein Weitblick haben die persönliche Zusammenarbeit mit ihm geprägt. Wir sind ihm für sein Wirken dankbar.

Gemeinsam mit seinen Angehörigen trauern wird um einen lebensbejahenden, lieben, mitfühlenden, verständnisvollen Menschen, der weit vor der Zeit von uns gegangen ist und dessen früher Tod uns sehr betroffen macht. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands
Ortsverband Bielefeld-Brackwede I
Klaus Freese
Ortsverbandsvorsitzender

Dietz auf Distanz zu halten, die in 48:41 Minuten über die Ziellinie lief und den dritten Platz belegte.
Imponierende Bilder boten sich dem Betrachter auf der Zielgeraden, wo sich zahlreiche Zuschauern eingefunden hatten, um den Athleten ihre Referenz zu erweisen. Denn gekämpft wurde um jede Platzierung. In Sichtweite des Zieles wurden die letzten Kräfte mobilisiert, um sich im Endspurt noch um den einen oder anderen Platz zu verbessern..
Im Mannschaftswettbewerb erkämpfte die JVA Kempten/Memmingen in 1:57:56 den Sieg vor dem Team des Veranstalters, das auf 2:00:30 h kam. Den dritten Platz erreichte die JVA Oldenburg in guten 2:02:53 h.
Nach der Veranstaltung wurde der Abschluss der Meisterschaft feierlich begangen. Dem Chef-Organisator **Reinhold Musga** war es vorbehalten, die siegreichen Athleten auszuzeichnen. Anschließend wurden die erbrachten Leistungen ausgiebig gefeiert. Dass die Logistik so wunderbar geklappt hatte, darüber freute sich das gesamte Organisationsteam ganz besonders. **Musga** fasste die gelungene Veranstaltung mit dem Fazit zusammen: „Wir danken unseren Gästen und den teilnehmenden Vollzugseinrichtungen, dass sie mit ihrem sportlichen Einsatz die Grundlage für eine gelungene Meisterschaft gelegt haben, deren hohes läuferisches Niveau auch die Zuschauer und Gäste überzeugen konnte!“

Holger Brüggemann lief Streckenrekord

Die JVA Iserlohn richtete am 25. Juni 2005 erstmals einen Duathlon aus. Duathlon ist eine noch sehr junge Sportart und besteht aus zwei Disziplinen, dem Laufen und dem Radfahren. Zweiundzwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten gemeldet, um mit einem 5000-Meter-Lauf zu starten, sich dann über 23 km aufs Rad zu zwingen und endlich nach einem weiteren 5000-Meter-Lauf das Ziel zu erreichen. Eine anspruchsvolle Streckenführung sorgte dafür, dass den Sportlern alles abverlangt wurde. Mit dem Dortmunder Holger Brüggemann, der Streckenrekord lief, siegt der mit Abstand leistungsstärkste Athlet. Bei den Damen kam Yvonne Kachel (Dortmund) als Siegerin ins Ziel.

Glücklich und zufrieden stellen sich die Athleten nach anstrengender sportlicher Leistung dem Fotografen. Von links nach rechts: Organisator Günther Krallmann, Wolfgang Eichinger-Munz, Alfred Jajo, Thomas Becker, Martin Bausch, Franz Steven, Michael Stricker, Jörn Radünz, Marko Schuster, Holger Brüggemann, Guido Krämer, Yvonne Kachel, Simone Willbergs, Uwe Oehring, Johannes Kammann, Thorsten Eckert, Thorsten Neuhaus, Sascha Jacoby, Michael Zychla, Mario Skrzypek, Andreas Richter und Uwe Hohmann.

Um 10.00 Uhr fiel der Startschuss. Durch den Drüpplingser Wald führte die Rundstrecke zurück zur Anstalt. Bereits über Funk wurde die Zwischenzeit des schnellsten Läufers gemeldet.
Die Stoppuhr zeigte fantastische 18:51 Minuten an, was eine Fabelzeit und einen Streckenrekord für die Gesamtdistanz erwarten ließ. Die Information über die Zwischenzeit verbreitete sich in Windeseile. Eine euphorische Stimmung erfasste viele Teilnehmer, neue Kraftreserven schienen den Läufern zuzuwachsen. Was eben noch schwer und träge wirkte, ging mit der Unterstützung dieses Motivationsschubes leichter von der Hand. Wie in Trance hatten viele Läufer das Gefühl, ein Stück hemmender Körperlichkeit hinter sich gelassen zu haben.
Wer noch über Reserven verfügte, konnte auf dem letzten Kilometer noch Zeit gut machen, hatten die Veranstalter doch ein Einsehen mit den Sportlern gehabt und eine leicht abfallende Strecke gewählt. Dass die letzten 800 Meter auf Asphalt zurückgelegt werden konnten, sorgte bei den meisten Läufern noch für respektable Zeitverbesserungen. Nach dem Wechseln des Schuhwerks folgte der Sprung aufs Rad. Mehr als 23 km waren im Industriegebiet zurückzulegen.
Eine besondere Herausforderung hielt der steile Anstieg an der Brennerei Bimberg für die Athleten bereit. Dem ein oder anderen fiel es durchaus schwer, nicht vom Rad absteigen zu müssen. Die Besten kehrten nach 45 Minuten zur JVA Iserlohn zurück, um nochmals die Schuhe zu wechseln, damit die abschließenden 5000 m in Angriff genommen werden konnten.
Manchem Läufer kam es so vor, als habe sich die Strecke seit im ersten Lauf deutlich verlängert.
Die weniger Trainierten hatten durchaus Schwierigkeiten, das Ziel auf den eigenen Füssen zu erreichen. Während der ersten beiden Teilstrecken gab es oftmals Positionsverschiebungen; auf den abschließenden 5000 m hatte sich das Feld aufgereiht wie auf einer Perlenkette. Erschöpft, aber glücklich erreichte **Holger Brüggemann** (Dortmund) das Ziel in der Rekordzeit von 1:26:15 h. Er war damit der erste Sieger dieses neuen Wettbewerbs, der durchaus das Zeug hat, eine feste Einrichtung zu werden. Die nächsten Plätze belegten **Guido Krämer** (Schwerte) und **Uwe Oehring** von der veranstaltenden JVA Iserlohn. Bei den Damen siegte **Yvonne Kachel** (Dortmund) vor **Simone Willbergs** (Schwerte).
Nach der Pflege der kleinen Wehwehchen und der Stärkung bei der anschließenden Grill-Party sorgte die Siegerehrung für beste Stimmung. Es ist immer wieder erhebend, wenn die erbrachten sportlichen Leistungen durch die Übergabe eines Pokals angemessen gewürdigt werden. Chef-Organisator **Günter Krallmann** (Iserlohn) zog dann auch ein positives Fazit: **„Wir sind mit dem Verlauf der Veranstaltung hoch zufrieden. Die Organisation hat blendend geklappt, die Sportler waren gut versorgt und betreut. Insgesamt kann der Wettbewerb als gelungen bezeichnet werden!“**

Gesamtergebnis

Name	JVA	Zeit	Gesamt-klassement	Platzierung Altersklasse
Holger Brüggemann	Dortmund	1:26:15 h	1	1
Guido Krämer	Schwerte	1:31:55 h	2	2
Uwe Oehring	Iserlohn	1:32:25 h	3	1
Franz Steven	Werl	1:32:40 h	4	1
Thorsten Neuhaus	Fröndenberg	1:32:43 h	5	3
Mario Skrzypek	Schwerte	1:32:45 h	6	2
Martin Bausch	Geldern	1:34:20 h	7	3
Thorsten Eckert	Schwerte	1:34:30 h	8	4
Johannes Kammann	Kleve	1:37:15 h	9	5
Alfred Jajo	Willich I	1:39:12 h	10	1
Sascha Jacoby	Schwerte	1:41:10 h	11	1
Jörn Radünz	Iserlohn	1:44:05 h	12	2
Thomas Becker	Siegen	1:45:48 h	13	6
Uwe Hohmann	Schwerte	1:46:54 h	14	7
Michael Zychla	Schwerteq	1:48:15 h	15	4
Michael Stricker	Iserlohn	1:49:20 h	16	2
Marko Schuster	Iserlohn	1:53:47 h	17	3
Wolfgang Eichinger-Munz	Willich I	1:54:34 h	18	2
Yvonne Kachel	Dortmund	1:57:49 h	19	1
Simone Willbergs	Schwerte	2:03:45 h	20	1

Landesfußballmeisterschaft 2005

BSG Werl wurde ihrer Favoritenrolle gerecht

Am 26. Juni 2005 richtete die Betriebsportgemeinschaft der JVA Werl die diesjährigen Landesfußballmeisterschaften aus, für die sich die Mannschaften aus Aachen, Gelsenkirchen, Heinsberg, Rheinbach und Werl qualifiziert hatten. Dass Werl im Bereich des Strafvollzuges auch fußballerisch eine Macht ist, stellte das Team des Veranstalters eindrucksvoll unter Beweis. Dass Fußball auch etwas mit Erfahrung, Routine und Antizipationsvermögen zu tun hat, bewies die BSG Werl gleich mit. Klaus Klawunn, immerhin 56 Jahre alt, fungierte überaus erfolgreich als Spieler und übernahm gleichzeitig die Aufgabe des Trainers.

Nachdem für die Meisterschaft nicht mehr so viele Mannschaften melden wie noch vor Jahren, wurde die Meisterschaft nicht in Gruppen, sondern im Modus Jeder gegen Jeden ausgetragen. Zunächst hatte das Heinsberger Team einen tollen Start. Im ersten Spiel des Turniers wurde Rheinbach mit 2:1 bezwungen. Die größere Durchschlagskraft war letztlich ausschlaggebend dafür, dass sich die Heinsberger Kollegen verdient durchsetzten. In ihrem zweiten Spiel trafen sie auf die BSG Gelsenkirchen. In der Abwehr standen sie souverän, so dass es nur eine Frage der Zeit war, ehe sich die spieltechnische Überlegenheit in zählbaren Erfolg umsetzen ließ. Nach der Führung machte die BSG Heinsberg in der zweiten Hälfte nochmals richtig Druck, verstärkte das Offensivspiel und erzielte das entscheidende 2:0.

Erschöpft aber glücklich freuen sich die Werler über ihren Sieg.

Sehr konzentriert hatte sich die BSG Werl auf die Meisterschaft vorbereitet. **Klaus Klawunn** hatte zusammen mit **Rober Wulf** zunächst Wert auf eine gut eingespielte Abwehr gelegt. Für ihn musste die Null stehen. Und sein Team setzte diese taktische Vorgabe exzellent um. Im ersten Match traf man auf das Team aus Gelsenkirchen. Spieltechnische Unterschiede waren zunächst kaum zu erkennen. Doch mit zunehmender Spieldauer wurde das aus einer stabilen Abwehr vorgetragene Offensivspiel der Werler zwingender. Sie erspielten sich eine Chance nach der anderen. In der zweiten Hälfte konnte ein Konter erfolgreich abgeschlossen werden. Mit 1:0 ging der Sieg an den Veranstalter. Im zweiten Match traf Werl auf Rheinbach. Auch in diesem Spiel konnten die Minimalisten ihr Spiel durchsetzen und zur Geltung bringen. Die Abwehr bildete ein unüberwindliches Bollwerk, die Offensivkräfte entwickelten mit zunehmender Spieldauer größere Durchschlagskraft, so dass die Abwehr des Gegners nicht dagegen halten konnte. Eine kleine Unaufmerksamkeit brachte die Entscheidung. Bei einer von rechts geschlagenen Flanke stimmte die Zuordnung der Rheinbacher Abwehr nicht, der Werler Mittelstürmer konnte gekonnt verwandeln. Damit war bereits die Entscheidung gefallen. Die BSG Werl verwaltete den Vorsprung bis zum Schlusspfiff.

Im sechsten Spiel des Turniers trafen die bis dahin ungeschlagenen Mannschaften aus Heinsberg und Werl aufeinander. Diesem Match kam praktisch Endspielcharakter zu. Zwar galt der Gastgeber als leichter Favorit, doch wer eine einseitige Begegnung erwartet hatte, der sah sich getäuscht. Heinsberg überzeugte mit Kampfkraft und Einsatzwillen. Die zahlreich mitgereisten Zuschauer rieben sich angesichts der beachtlichen spielerischen Klasse der Heinsberger verwundert die Augen, konnte das Team die Begegnung doch bis zum Schluss offen gestalten. Neben gekonntem Flachpassspiel überzeugte Heinsberg mit druckvollen Aktionen, konnte Werls Abwehr ein ums andere Mal in Verlegenheit bringen, scheiterte aber mehrfach an dem guten Werler Keeper. Mit zunehmender Spieldauer konnte sich Werl mehr und mehr aus der Heinsberger Umklammerung befreien und ein gekonntes Konterspiel aufziehen. Die überraschenden Attacken der Werler brachten das Heinsberger Tor mehrfach in akute Gefahr. Zunächst ließen beide Teams beim Abschluss noch die notwendige Nervenstärke vermissen, bis die Elf des Gastgebers einen Konter erfolgreich abschloss. Heinsberg lockerte anschließen die Abwehr, setzte zu wütenden Gegenangriffen an, konnte die Niederlage aber nicht mehr abwenden.

Die Entscheidung brachte das Spiel zwischen Aachen und Werl. Die Kontrahenten agierten zunächst aus gesicherten Abwehrreihen, um möglichst einen frühen Rückstand zu vermeiden. Als Aachen mehr Sicherheit gewann und seine Offensive verstärkte, entwickelte sich ein munteres Spiel. Auch in diesem Match setzte sich die disziplinierte Umsetzung der gewählten Taktik durch. Ein technisch brillant heraus gespielter Treffer von Michael Schlomm sorgte dafür, dass Werl einmal mehr mit 1:0 die Oberhand behielt. Mit vier Siegen errang Werl verdient die diesjährige Landesmeisterschaft. Auch wenn sich der Gastgeber letztlich souverän durchsetzte, gestalteten sich die einzelnen Begegnungen knapper als erwartet.

Ziel der BSG Werl ist die Qualifikation für die Deutsche Meisterschaft 2008. **Reinhold Musga,** Vorsitzender der Betriebsportgemeinschaft, zeigte sich nach dem Turnier mit dessen Verlauf und mit der gelungen Organisation äußerst zufrieden. **„Jetzt fehlt nur noch ein Sieg und wir sind dabei!“**

Die spiel- und abwehrstarke Truppe des Veranstalters setzte sich glücklich, aber verdient durch. Ober Reihe von links: Klaus Klawunn, Stephan Dreie, Markus Schremmer, Andreas Plattner, Peter Küppers, Stephan Köckmann, Meinolf Kujawski. Unter Reihe von links: Franz-Joseph Schlomm, Michael Schlomm, Marcus Micor, Coach Robert Wulf und Friedhelm Lohmann.

Abschlusstabelle

Platz	Mannschaft	Tore	Punkte
1	BSG Werl	4 : 0	12
2	BSG Heinsberg	5 : 3	7
3	BSG Aachen	4 : 4	5
4	BSG Rheinbach	5 : 6	3
5	BSG Gelsenkirchen	2 : 7	1